

# LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
211 · Ausgabe BL · BS · März 2024



## SP in BS und BL gemeinsam für Stärkung der Palliative Care

**Unter Palliative Care verstehen wir die Betreuung und die Behandlung von Menschen mit unheilbaren, lebensbedrohlichen und/oder chronisch fortschreitenden Krankheiten. Dabei liegt der Schwerpunkt in der Zeitspanne, in der eine Heilung der Krankheit als nicht mehr möglich erachtet wird und kein primäres Ziel mehr darstellt. Palliative Care verhindert oder lindert Leiden und Komplikationen. Sie bietet umfassende Betreuung unter Einschluss medizinischer Behandlungen, pflegerischer Interventionen wie auch psychologischer, sozialer und spiritueller Unterstützung. Auch Angehörige sollen angemessen unterstützt werden.**



Christine Keller,  
Grossrätin Basel-Stadt



Simone Abt,  
Landrätin Baselland

Bei Sterbenden handelt es sich um die wohl vulnerabelsten Patientinnen und Patienten. Wer schon einmal einen Menschen am Ende seines Lebens gepflegt oder begleitet hat, weiss, wie unendlich wichtig und wertvoll eine gute palliative Betreuung in dieser Phase ist. Darum will die SP in beiden Basel die Palliative Care stärken.

Ein zentraler Aspekt ist dabei die Aus- und Fortbildung von Studierenden, Ärzt:innen und Pflegenden. Nur mit einem eigenständigen Lehrstuhl für Palliative Care ist es möglich, auch in Basel den akademischen Nachwuchs für eine starke universitäre Palliative Care adäquat zu fördern. Darum verlangen Christine Keller im Basler Grossen Rat und Simone Abt im Landrat mit Vorstössen, dass sich die beiden Kantone für die Schaffung eines Lehrstuhls

für Palliative Care an der Universität Basel engagieren, wie er an den anderen Volluniversitäten der Schweiz (Bern, Genf, Lausanne und Zürich) schon existiert.

Grossrätin Amina Trevisan fordert den niederschweligen und barrierefreien Zugang aller Bevölkerungsschichten zu Palliative Care unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Migrant:innen. Die Migrationsbevölkerung und die involvierten Fachleute sollen entsprechend sensibilisiert werden.

### Zertifizierung für APHs

Viele Menschen vollenden ihr Leben in einem Alters- und Pflegeheim (APH). Grossrat Georg Mattmüller will mit seinem Vorstoss die Finanzierungslücke schliessen, die heute entsteht, wenn ein mobiles Spitex-Team für *spezialisierte* Palliative

Care Menschen in einem APH betreut. Grossrätin Christine Keller möchte, dass alle Heime, die mit dem Kanton eine Leistungsvereinbarung abschliessen, eine Zertifizierung in *allgemeiner* Palliative Care gemäss den Richtlinien des Labels qualitépalliative aufweisen. Heute ist dies nur bei einem Basler Heim der Fall. Dasselbe Ziel verfolgt Landrätin Simone Abt für den Kanton Basel-Landschaft.

Mit vorausschauender Lebensplanung sollen eigene Wünsche und Vorstellungen in einer Patientenverfügung, einer ärztlichen Notfallanordnung und/oder im Behandlungsplan festgehalten werden. Grossrätin Melanie Nussbaumer erkundigt sich bei der Regierung, wie sie diese wichtige Selbstbestimmung namentlich durch Sicherstellung von ausreichenden Beratungs- und Dokumentationsmöglichkeiten und Weiterbildung von Fachpersonen fördern will. Auch dieses Anliegen wird im Kanton Basel-Landschaft von Landrätin Simone Abt aufgenommen.



# Wir ergreifen Partei für ein soziales Basel-Stadt!

**Die Listen der SP Basel-Stadt für die Grossratswahlen 2024 präsentieren sich vielfältig und divers. Mit 99 motivierten Kandidierenden, die in vier verschiedenen Wahlkreisen antreten, zeigt unsere Auswahl eine bemerkenswerte Breite an Perspektiven und Kompetenzen. Dies ist das Ergebnis einer engagierten und intensiven Zusammenarbeit der verschiedenen Quartiervereine und der Wahlleitung.**

50 Frauen und 49 Männer ergreifen Partei für einen sozialen Kanton und kandidieren für den Grossen Rat. Diese Geschlechterverteilung auf unseren Listen zeigt den unermüdeten Einsatz für Gleichberechtigung und Chancengleichheit, den die Partei seit jeher leistet. Die SP ist eine feministische Partei und setzt sich konsequent für die Gleichstellung aller Geschlechter, bezahlbare Kinderbetreuung und eine Anerkennung von unbezahlter Care-Arbeit ein. Dies zeigt sich im Einsatz für das neue Gleichstellungsgesetz oder auch bei der Umsetzung des Gegenvorschlags zur kantonalen Kita-Initiative. Schon im August werden die Kita-Gebühren spürbar gesenkt. Diese Fortschritte wären ohne die SP nicht möglich gewesen.

**Diverse Perspektiven repräsentiert**  
Unsere Listen repräsentieren die verschiedenen Generationen und Berufsfelder unserer Gesellschaft. Von engagierten Aktivist:innen bis zu erfahrenen Unternehmer:innen, von Lehrpersonen und Jurist:innen



Nino Russano, Mitglied der Wahlkampfleitung

bis zu Sozialarbeiter:innen und Pensionierten – unsere Listen bürgen für eine Fülle von Erfahrungen und Perspektiven, die unsere Politik bereichern.

Besonders erfreulich ist auch die starke Präsenz von Migrant:innen auf den Listen. Ihre Stimmen und Erfahrungen sind von unschätzbarem Wert für eine lebendige und inklusive Demokratie. Wir setzen uns konsequent für eine Stärkung der Demokratie ein und fordern das Einwohner:innenstimmrecht. Denn über 40 Prozent der Bevölkerung von den demokratischen Prozessen im Kanton auszuschliessen, ist einer Demokratie unwürdig. Dank der SP konnten in den letzten Jahren die Anforderungen an die Einbürgerung und die hohen Gebühren gesenkt werden.

## Soziale politische Vision

Wir ergreifen Partei für einen sozialen Kanton Basel-Stadt: Wir sind überzeugt, dass es eine linke Mehrheit im Grossen Rat braucht, um die Kaufkraft der Menschen zu stärken.

Für eine Gesundheitsversorgung, die solidarisch finanziert wird. Für eine Wohnpolitik, die mehr bezahlbaren Wohnraum schafft und die Rechte der Mieter:innen stärkt. Und für Klimaschutz, der diesen Namen verdient.

Die SP Basel-Stadt tritt mit konkreten Lösungsansätzen an. Wir stehen für eine Politik, die die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt und die Ursachen sozialer Ungleichheit angeht. Mit einer starken und vielfältigen Liste sind wir bereit, diese Vision in die Tat umzusetzen und Basel-Stadt zu einem Ort zu machen, in dem alle Menschen ein gutes Leben führen können.

## WICHTIGE TERMINE IM WAHLKAMPF

- 15. Juni 2024  
**Sommerfest**  
im Zeichen der Kita-Initiative
- 28. September,  
5. und 12. Oktober 2024  
**Grosse Telefonaktionen**
- 20. Oktober 2024  
**Wahltag**

# Jetzt zählt es – wir brauchen deine Stimme für Mustafa Atici

Der Sonntag, 3. März machte vieles klar: 24526 Menschen haben im ersten Wahlgang Mustafa in die Regierung gewählt. Ein super Ergebnis, der erste Schritt zur Klärung. Wir konnten von Anfang an auf die Unterstützung der BastA! zählen. Noch am Wahlsonntag haben sich auch die Grünen hinter Mustafa gestellt, und Mustafa hat sich aus dem Rennen fürs Präsidium genommen. Geeint und fokussiert sind wir nun mitten in der zweiten Etappe des Wahlkampfes.

## Zurück auf Feld 1: Jede Stimme für Mustafa muss neu gewonnen werden

Es ist noch nichts entschieden. Wir haben wieder bei null angefangen und müssen uns die Stimmen für den 7. April nochmals neu erarbeiten. Natürlich ist das super Resultat von Mustafa im März eine solide Basis. Aber eben: Die Ersatzwahl ist erst gewonnen, wenn eine Mehrheit der Wählenden im zweiten Wahlgang auf ihrem Zettel Mustafa an-



Lisa Mathys,  
Präsidentin SP BS

kreuzt und das Couvert rechtzeitig in den Briefkasten oder die Urne steckt.

## Mit Leidenschaft für das Erziehungsdepartement

Der 2. Wahlgang fokussiert nun ganz auf das Erziehungsdepartement. Mustafa ist Bildungspolitiker. Eine Traumkombination! Das ist im Wahlkampf spürbar. Mit Wissen, Erfahrung und Leidenschaft zeigt Mustafa, was er draufhat.

An der Medienkonferenz mit der BastA! und den Grünen stellte er seine Vision fürs ED vor. Hier ein Auszug aus seinem Programm:

1. Alle Kinder und ihre Familien werden unterstützt, wenn dies notwendig ist.
2. Die Schule fit machen für die veränderten Realitäten der Kinder und der Familien.
3. Berufsbildung aufwerten und die Wirtschaft stärken mit gut ausgebildeten jungen Menschen.

4. Starke Hochschulen gemeinsam mit dem Partnerkanton Basel-Landschaft
5. Dem Sport eine moderne Infrastruktur zur Verfügung stellen.
6. Eine produktive Zusammenarbeit auf allen Ebenen fördern.

Mustafa hat viele konkrete Ziele und Ideen. Im Wahlkampf ist noch nicht der Moment, ein Detailprogramm zu präsentieren. Politik ist keine One-Man-Show. Genau das ist es ja auch, was Mustafa ausmacht und was Politik ist: Dialog, Verhandlung, Konsenssuche, Zusammenarbeit mit Fachleuten, Betroffenen, Zielgruppen, der Blick über die Grenzen und vieles mehr. Es geht nicht nur darum, was Mustafa tut, sondern auch, wie er es tut. Der Mensch, die Haltung und Werte, die Lebenserfahrung und persönliche Lebenssituation sind oftmals entscheidend. Für die Fachthemen sind im Erziehungsdepartement top Fachkräfte und Expert:innen vorhanden, der künftige Regierungsrat steuert die politischen Linien und wirkt als Mensch.

## Nach Ostern müssen Wählende zum Gemeindebriefkasten

Was könnt ihr tun für den ersten SP-Regierungsrat im ED seit Jahrzehnten? In eurem Bekanntenkreis persönliche Mails verschicken, über Mustafa reden, die Leute in eurem Umfeld zum Wählen animieren. Es gibt letzte Standaktionen und Versände. Wir geben Vollgas. Die Zeit ist sehr knapp – die Couverts kamen erst kurz vor den Schulferien an. Das heisst: Wer es nicht sofort erledigt hat und Ostern abwartet, muss ab Mittwoch, 3. April zum Gemeindebriefkasten oder an die Urne!

Und nun wünsche ich uns allen gutes Gelingen: auf dass wir am 7. April unseren Regierungsrat Mustafa Atici feiern können!



Medialer Auftakt am 7. März zum 2. Wahlgang gemeinsam mit BastA! und Grünen

# Gleichstellung von queeren wird in Basel-Stadt Realität

**Basel-Stadt macht grosse Schritte vorwärts in der Gleichstellung von Frauen und Männern. Die Gleichstellungsförderung des Kantons wird zudem ausgedehnt auf LGBTIQ-Personen sowie zur Querschnittsaufgabe erklärt. Während die Bestrebungen der Regierung zu Beginn der Debatte noch von mehreren Seiten stark kritisiert wurden, konnte die zuständige Kommission einen Kompromiss ausarbeiten, der bei einer grossen Mehrheit Zustimmung fand. Sogar auf ein Referendum wurde am Ende verzichtet. Die Links-Redaktion hat mit den Grossrätinnen Barbara Heer und Edibe Gölge über Inhalt, Kritik und Zustandekommen des Kompromisses gesprochen.**

**Redaktion: Seit Februar ist bekannt, dass das angedrohte Referendum nicht ergriffen wurde. Was löst das bei euch aus?**

**Barbara Heer:** Als Präsidentin der JSSK (Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission) habe ich die kommissionsinternen Verhandlungen geleitet und trotz des hohen Drucks von aussen den Glauben an einen Kompromiss nie verloren. Es war mir wichtig, mög-

lichst viele Parteien ins Boot zu holen und die Diskussion zu versachlichen. Dass sich diese Strategie ausgezahlt hat, freut mich ungemein. Ehrlich gesagt, kann ich diesen grossen Erfolg immer noch nicht ganz fassen.

**Edibe Gölge:** Als langjährige Gleichstellungspolitikerin macht es mich stolz, dass wir der erste Kanton in der Deutschschweiz

sind. Das Gesetz hat doppelte Signalwirkung: Der bisherige Gleichstellungsauftrag von Frau/Mann und die personellen und finanziellen Ressourcen zu seiner Umsetzung bleiben vollumfänglich bestehen. Die Ausweitung des kantonalen Gleichstellungsförderungsauftrags auf die LGBTIQ-Personen begrüsse ich sehr. Mit diesem Gesetz verliert niemand etwas – sondern wir gewinnen dazu!

**Was macht denn den Kompromiss aus?**

**BH:** Kern des Kompromisses ist: Der Auftrag für Gleichstellung von Frauen und Männern im Kanton Basel-Stadt ist und bleibt zentral. Deswegen bleiben die rechtlichen Kategorien Frau und Mann durch das kantonale Gleichstellungsgesetz unberührt. Das Gesetz anerkennt aber zusätzlich die geschlechtliche und die sexuelle Vielfalt und stellt sie un-



Feministischer Streik 2023: Die SP-Frauen machen sich stark für ein inklusives Gleichstellungsverständnis.

# Menschen

ter den kantonalen Gleichstellungsauftrag. Der Kanton ist nun verpflichtet, mit Massnahmen auf die Gleichstellung sowohl von Frauen und Männern als auch von LGBTIQ-Personen hinzuwirken. Ebenfalls Teil des Kompromisses ist die explizite Erwähnung der Nonbinarität. Sie wird nicht unter den Begriff der Transbinarität subsumiert.

EG: Konkret kann die Verwaltung neu auch im Bereich LGBTIQ-Themen beraten. Die Gesetzesänderung ermöglicht es, die vielfältigen Herausforderungen, die mit Geschlecht in Verbindung stehen, anzupacken. Das heisst, neu sind auch Menschen eingeschlossen, die durch die binären Kategorien «Frauen» und «Männer» nicht repräsentiert waren. Fazit: eine Anerkennung der geschlechtlichen Vielfalt ohne «Abschaffung» von Frauen und Männern als rechtliche Kategorie.

**Auch innerhalb der Linken gab es Bedenken, dass die Interessen von Frauen mit diesem Gesetz an Gehör verlieren könnten. Konnte der Kompromiss diese Menschen abholen?**

EG: Ja, genau. Im Rahmen der Vernehmlassung wurden Stimmen laut, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern durch die geschlechtsneutrale Formulierung im Gesetz in den Hintergrund rücke. Mir war es als SP-Vertreterin der JSSK und als Feministin ein grosses Anliegen, dass dies nicht geschieht. Wir haben uns deshalb in der Kommission dafür eingesetzt, dass die juristischen Begriffe von «Frauen» und «Männern» erhalten bleiben. Die materielle Gleichstellung zwischen den beiden binären Geschlechtern ist nicht erreicht. Und der Handlungsbedarf bleibt gross. Die Förderung der Gleichstellung von LGBTIQI ist als



Barbara Heer ist seit 2018 im Grosse Rat und hat im November 2022 die Leitung der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission übernommen.



Edibe Gölgeli ist seit 2015 im Grosse Rat und seit Februar 2021 Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission.

zusätzlicher Auftrag zur Gleichstellungsförderung zu verstehen.

BH: Ich freue mich als SP-Grossrätin, als Feministin und als Präsidentin der JSSK sehr, dass wir diese Bedenken ausräumen konnten. Der Vorstand des Vereins Frauenrechte beider Basel, der zu Beginn gegen das Gesetz war, konnte am Schluss mit dem Kompromiss leben. Auch Frauen aus der Partei kamen zu mir und sagten, sie seien zuerst kritisch gewesen, seien jetzt aber erleichtert über den Kompromiss.

**Welche Rolle spielten die Fraktion und die Partei für diesen Erfolg?**

BH: Die halbe Fraktion war in dieses Geschäft involviert (lacht) – in der Kommissionsarbeit, der Medienarbeit oder der Beziehungsarbeit zu LGBTIQ sowie Frauenorganisationen. Seitens Partei waren diverse Mitglieder zuerst bei der Vernehmlassung und dann als Mitglied der parteiinternen Arbeitsgruppe beteiligt. Auch die enge Zusammenarbeit mit dem grün-alternativen Bündnis war wichtig. Es verlangte von uns allen viel Teamarbeit, Durchhaltevermögen, immer wieder Fingerspitzengefühl und Dialogfähigkeit. Es hat mir gezeigt, was wir gemeinsam alles erreichen können: sogar die gesetzliche Verankerung des inklusiven Geschlechterbegriffs und die gesetzliche Ausweitung des kantonalen Gleichstellungsauftrags auf LGBTIQ-Menschen!

**Edibe, worauf freust du dich am meisten mit Blick auf die Auswirkungen des Gesetzes?**

EG: Für mich persönlich ist der intersektionale Teil wichtig. Wenn mehrere Diskriminierungsmerkmale wie Geschlecht, Herkunft oder Religionszugehörigkeit miteinander interagieren, entsteht eine spezifische Betroffenheit oder stärkere Diskriminierung. Neben der direkten und indirekten Diskriminierung wird neu auch die intersektionale Diskriminierung ausdrücklich erwähnt. Das ist eine wichtige Neuerung. Denn intersektionale Diskriminierung kommt oft vor. Ebenso wichtig ist mir aber auch, dass die Gleichstellung nun als Querschnittsaufgabe definiert ist, die alle Lebensbereiche betrifft. Die Fachstelle erhält die explizite Kompetenz, in diesen Bereichen entsprechend mit privaten Trägern und Organisationen zusammenzuarbeiten und diese mit Umsetzungsaufgaben zu beauftragen. Ich hoffe, dass dadurch die kantonale Gleichstellungsarbeit einen neuen Drive erhält.



**Linda Stibler: scharfsinnig, aufrichtig und manchmal aufmüpfig**

Linda Stibler ist am 24. Februar im Alter von 86 Jahren gestorben. In der SP BS 52 Jahre tief verwurzelt, bildete sie 1981 als Vizepräsidentin mit Roland Stark, Präsident, und Andy Schneider das SP-Präsidium. Linda kandidierte 1979 für den Nationalrat und 1984 mit Mathias Feldges und mir für den Regierungsrat. Trotz beachtlich vielen Stimmen erreichte Linda das erhoffte Ziel leider nicht.

Linda vertrat die SP während vielen Jahren im damals noch gewichtigen Regierungsrat. Sie setzte sich für eine Schulreform zugunsten jener Jugendlichen ein, die von zu Hause aus weniger Bildungschancen hatten. Das tat sie später auch im Denknetz, einem linken Think-Tank. Linda legte den Grundstein für die IG Velo und war Gründungsmitglied der Basler Arbeitsgemeinschaft zum Schutz von Natur und Umwelt (BASNU). Linda steht für eine SP, die lange vor der Gründung der Grünen Partei engagiert Umweltpolitik machte. Sie war auch Mitbegründerin der Schweizer Journalisten-Union (SJU). Politisches Schreiben war ihre Leidenschaft. 1976 bis 1981 war Linda Mitglied des Redaktionskollektivs der Basler AZ. Danach arbeitete sie für Radio DRS, schrieb u. a. für die Wochenzeitung (WOZ) und Infosperber und verfasste auch mehrere eindrucksvolle Bücher.

Linda war eine gescheite, scharfsinnige, treue und manchmal auch aufmüpfige Genossin, eine auch für ihre Söhne Reto und Georg aufrichtige und liebenswürdige Mutter Courage.

Remo Gysin, ehemaliger Regierungsrat

# Erfreuliche Ergebnisse bei den Baselbieter Gemeindewahlen



Pedro Schön, Parteisekretär SP Baselland



Yasmine Perrinjaquet, Parteisekretärin SP Baselland

**Bei den Gemeindewahlen 2024 setzte sich der Trend der nationalen Wahlen 2023 erfreulicherweise fort. Viele unserer Kandidierenden für die Gemeinderäte wurden mit hervorragenden Resultaten gewählt.**

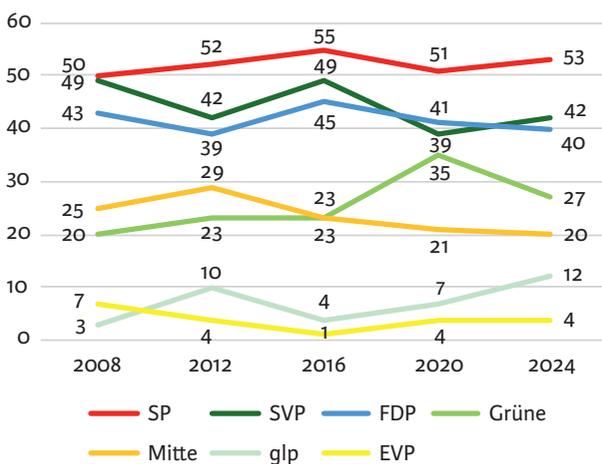
Mehrheiten links der Mitte sind nach den Gemeindewahlen in verschiedenen Gemeinden möglich. So bildet Rot-Grün in Pratteln weiterhin, in Allschwil neu die Mehrheit. Durch Koalitionen mit den Mitteparteien können solche Mehrheiten auch in Münchenstein, Muttenz und Gelterkinden erreicht werden. Auf der Gemeindeebene sind

damit vermehrt Bündnisse möglich, die eine fortschrittliche Politik zum Wohl aller Menschen verfolgen. Für ein soziales Baselbiet ist jeder gewonnene SP-Gemeinderatssitz wichtig. Besonders erfreulich sind daher die Sitzgewinne in Thürnen und Arlesheim sowie die tollen Resultate der vielerorts neu gewählten Gemeinderatsmitglieder. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bevölkerung der SP zutraut, die wachsenden Herausforderungen in den Gemeinden zu bewältigen.

Das zeigen auch die Ergebnisse bei den Einwohnerräten: Dort bleibt die SP insgesamt weiterhin stärkste Kraft und konnte Sitze hinzugewinnen. In vier von fünf Räten stellt die SP die grösste Fraktion. Zwar müssen die Grünen Verluste hinnehmen, ein Rechtsrutsch ist dennoch ausgeblieben. Ähnlich sieht die Situation bei den Gemeindekommissionen aus. Es hat sich ausgezahlt, dass die SP mit diversen und vielerorts vollen Listen angetreten ist.

Ein besonderer Dank geht an alle, die sich für ein kommunales Amt zur Verfügung gestellt haben. Mit eurem Engagement gebt ihr der SP ein Gesicht und zeigt, dass die SP in allen Kantonsteilen Partei für die Menschen ergreift.

**Sitze in Baselbieter Einwohnerräten 2008 bis 2024**



**51**

**SP-Gemeinderät:innen für ein soziales Baselbiet**

## Solar-Initiative mit über 1900 Unterschriften

**Am 7. Februar haben wir gemeinsam mit den Grünen, der GLP und der EVP unsere Solar-Initiative eingereicht. Die Initiative wurde an der Delegiertenversammlung im September 2023 lanciert. Ab dann waren zahlreiche Mitglieder der SP auf der Strasse und haben fleissig Unterschriften gesammelt. Innert kürzester Zeit sind über 1900 Unterschriften zusammengekommen!**

Der Klimaschutz und eine sichere Energieversorgung sind die grössten Herausforderungen unserer Zeit. Eine der wichtigsten Massnahmen ist dabei der Umbau unseres Energiesystems. Auf den Baselbieter Dächern liegt das Potenzial, um unseren Energiebedarf zu decken. Darum haben wir uns für diese überparteiliche Initiative entschieden.

Die Solar-Initiative sieht eine Solarpflicht im Baselbiet vor. Für Neubauten gilt sie von Anfang an. Öffentliche Bauten und Industriebauten müssen bis 2035 nachgerüstet werden. Es sind Ausnahmen vorgesehen, etwa im Bereich des Denkmalschutzes.

Die Initiative ist nun bei der Regierung hängig. Bis sie zur Abstimmung kommt, müssen wir uns etwas gedulden. Bis dahin

können wir aber bei den Abstimmungen vom 9. Juni einen Beitrag zu einem klimafreundlichen Baselbiet leisten: Nebst wichtigen nationalen Vorlagen kommt im Juni das kantonale Energiegesetz zur Abstimmung. Dieses bringt wichtige Anreize, erreichbare Ziele und verlässliche Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Energieversorgung. Dadurch wird unser Kanton unabhängiger von Öl und Gas aus dem Ausland. Mit dem Energiegesetz stärken wir den Klimaschutz, erhöhen die Versorgungssicherheit und schaffen Arbeitsplätze im Kanton. Darum brauchen wir ein Ja zum Energiegesetz am 9. Juni! Willst du dich im Abstimmungskampf engagieren? Dann schicke uns eine E-Mail an [info@sp-bl.ch](mailto:info@sp-bl.ch).

# AGENDA



## GDV 20. April

Am Samstag, 20. April, findet unsere nächste Geschäftsdelegiertenversammlung statt. Die Delegierten werden unter anderem die Parolen zu den Abstimmungen vom 9. Juni fassen, Jahresberichte sowie Rechnung für das Jahr 2023 genehmigen und aufs laufende Jahr blicken. Ausserdem wählen wir an der GDV ein neues Präsidium für die SP Baselland! An der GDV sind alle Mitglieder herzlich willkommen. Im Anschluss an die Versammlung stossen wir bei einem Apéro aufs neue Präsidium an. Alle Informationen findest du auf der Website unter [www.sp-bl.ch/gdv24](http://www.sp-bl.ch/gdv24).



## Gemeinsamer Bildungsabend der JUSO und der SP 60+ 29. April

Am Montag, 29. April – dem europäischen Tag der Generationensolidarität – laden die JUSO und die SP 60+ zu einem gemeinsamen Bildungsabend ein. Thema ist die Generationensolidarität in Zeiten der Klimakrise. Auf dem Programm steht ein Podiumsgespräch zwischen Nicola Siegrist, Präsident der JUSO Schweiz, und Rosmarie Wydler, Co-Präsidentin des Vereins KlimaSeniorinnen, moderiert von Florian Schreier. Der Bildungsabend beginnt um 19 Uhr und findet in der Kantonsbibliothek in Liestal statt. Anmeldung auf [sp-bl.ch/generationensolidarität](http://sp-bl.ch/generationensolidarität).



## Jassturnier 4. Mai

Die SP Baselland organisiert ihr erstes grosses Jassturnier am 4. Mai 2024 in der Aula Rheinpark in Birsfelden! Für das Jassturnier kann man sich als Einzelperson oder Zweierteam anmelden. Es werden 6 Passen à 8 Spiele gespielt. Gejasst wird ein normaler Schieber, ohne Stöck und Wyys. Vor und während dem Turnier kann man sich am Wurst- und Getränkestand verpflegen. Es ist ein Plauschturnier – alle sind herzlich willkommen! Es warten tolle Preise auf die gewinnenden Einzelpersonen und/oder Teams. Es gibt auch einen Tisch mit anderen Spielen, für alle die dabei sein, aber nicht jassen wollen. Anmeldung und weitere Infos auf [www.sp-bl.ch/jassturnier](http://www.sp-bl.ch/jassturnier).



## Bildungstag Klima und Energie 25. Mai

Wie schaffen wir die solidarische Energiewende im Baselbiet? Mit dieser Frage setzen wir uns am diesjährigen Bildungstag auseinander. Die AG Bildungsweekend hat ein spannendes Programm auf die Beine gestellt. Teilnehmende dürfen sich unter anderem auf einen Vortrag von SP-Nationalrat Roger Nordmann freuen. Am Nachmittag setzen wir uns in drei Workshops intensiv mit verschiedenen Aspekten der Energiewende auseinander. Den Abschluss bildet ein gemütlicher Apéro. Der Bildungstag findet am Samstag, 25. Mai im Gymnasium Liestal statt. Anmeldung und weitere Infos auf [sp-bl.ch/bildungstag](http://sp-bl.ch/bildungstag).

# Schriften eingereicht



Nils Jocher, Michael Durrer, Landschreiberin Elisabeth Heer Dietrich, Miriam Locher, Pedro Schön und Florian Schreier bei der Einreichung der Solar-Initiative (v.l.n.r.).

## STRAFGERICHT MUTTENZ: VAKANZ BEI DER SP

Am Strafgericht in Muttenz besteht eine Vakanz für eine nebenamtliche Richter:innenstelle.

Interessierte bewerben sich bitte möglichst bald bei Roman Brunner, Fraktionspräsident SP BL ([roman.brunner@sp-bl.ch](mailto:roman.brunner@sp-bl.ch), 079 518 66 83), mit Lebenslauf und allfälligen weiteren Beilagen.

Für die Nomination von Kandidierenden für Gerichtsstellen im Kanton Baselland durch die SP ist die Landratsfraktion zuständig. Der Landratsfraktion wird ein vorberatendes Gremium, der «Bewerbungsausschuss Gerichte», zur Seite gestellt.

Es handelt sich um ein Laien-Richteramt im Nebenamt. Eine juristische Ausbildung ist nicht zwingende Voraussetzung, aber sicherlich hilfreich. Als persönliche Eigenschaften braucht es Toleranz und Offenheit gegenüber den Rechtssuchenden und Fähigkeit zu genauem Zuhören sowie Interesse an Konfliktlösungen und Entscheidungsfähigkeit.

AUS DEM GROSSEN RAT

# Strategie gegen Obdachlosigkeit

Melanie Nussbaumer,  
GrossrätinGeorg Mattmüller,  
Grossrat

Der Kanton Basel-Stadt macht mit dem Ratschlag «Soziales Wohnen» aus dem Departement von Regierungsrat Kaspar Sutter im Sinne des Verfassungsauftrags «Recht auf Wohnen» vorwärts. Der Grosse Rat stimmte dem Ratschlag einstimmig zu, neue Wohnangebote für mehrfach belastete Personen zu schaffen und bisherige Unterstützungsleistungen auszuweiten. Damit bekämpft der Kanton Obdachlosigkeit nachhaltig.

## Obdachlosigkeit als gravierende Form von Armut

Obdachlosigkeit führt zu sozialer Vereinamung, körperlichem Elend und gesellschaftlichem Ausschluss. Seit 2018 steht das «Recht auf Wohnen» in unserer Kantonsverfassung. Die 300 Meldeadressen beim Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter weisen darauf hin, dass dieses Recht bisher noch nicht für alle umgesetzt ist. Verschiedene parlamentarische Vorstösse verlangten deshalb eine Verbesserung der Situation. Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat eine Gesamtstrategie vorgelegt, um Obdachlosigkeit zu bekämpfen und Menschen mit geringer Wohnkompetenz längerfristig zu unterstützen. Mit der Umsetzung der Vorlage werden nun mit einer Kompetenzstelle die Koordination der Angebote eingeführt und unterstützende Massnahmen wie Mietzinsgarantien, die Übernahme von Doppelmieten, ambulanter Wohnbegleitung oder der sozialen

Hauswirtschaft verankert. Darüber hinaus stärkt und erweitert der Kanton das Angebot von Housing First.

## Gesamtheitliche Strategie ist zukunftsweisend

Das neue Angebot «Housing First Plus» ist ein Wohnhaus mit Studios. Wir von der SP freuen uns sehr darüber, dass der Kanton damit neuen Wohnraum für eine sehr stark benachteiligte Gruppe schafft. Dieses neue Angebot entspricht einem Leuchtturmprojekt. Umso erfreulicher ist es, dass der Grosse Rat einstimmig dem Ratschlag zugestimmt hat und damit mehr Menschen in prekären Verhältnissen unterstützt werden.

In einem nächsten Schritt müssen wir darauf hinarbeiten, dass auch obdachlose Menschen ohne Wohnsitz und Aufenthaltsbewilligung in Basel-Stadt in sehr kalten und sehr heissen Jahreszeiten verbesserten Zugang zu niederschweligen Angeboten haben.

AUS DEM LANDRAT

# Explodierende Gesundheitskosten: Notwendigkeit einer kantonsübergreifenden Zusammenarbeit

Lucia Mikeler Knaack,  
Landrätin Baselland

Fachkräftemangel, Überkapazitäten und explodierende Krankenkassenprämien belasten die regionale Gesundheitsversorgung zunehmend. Für die Menschen sind die wachsenden Gesundheitskosten in Zeiten des Kaufkraftverlusts besonders besorgniserregend. Gleichzeitig setzt unsere Regierung die falschen Prioritäten und kürzt die Prämienverbilligungen zusammen. Um den steigenden Kosten entgegenzuwirken, habe ich einen Vorstoss für eine verstärkte Kooperation zwischen den öffentlichen Spitalversorgungen in Baselland und Basel-Stadt eingereicht.

Die hohen Gesundheitskosten in unserer Region resultieren aus der hervorragenden Versorgungsqualität in beiden Basel, dem Zugang zu Leistungen und der hochspezialisierten universitären Medizin. Sowohl in Basel-Stadt als auch in Baselland stehen umfangreiche und kostspielige Infrastrukturprojekte an, um die Spitäler zu modernisieren. Die Abstimmung zwischen den Kantonen funktioniert dabei besonders bezüglich der Ausbauproduktionen nicht zufriedenstellend.

Um der ungenügenden Zusammenarbeit, dem Fachkräftemangel und den explodierenden Kosten entgegenzuwirken, muss die Kooperation zwischen dem Universitätsspital Basel (USB) und dem Kantonsspital Baselland (KSBL) neu verhandelt werden. Die Verantwortung dafür liegt in erster Linie bei den Spitaleignern, also bei den Kantonsregierungen. Aus diesem Grund habe ich mit meinem Vorstoss die Regierung aufgefordert, Verhandlungen aufzunehmen. Nach langen

Diskussionen hat der Landrat in seiner Sitzung vom 7. März mein Postulat überwiesen. Die Regierung ist nun verpflichtet, eine verbindliche Kooperation zwischen den Gesundheitsversorgern beider Basel zu prüfen und darüber zu berichten. Dabei sind unterschiedliche Kooperationsmöglichkeiten miteinzubeziehen, bis hin zu einer Fusion zwischen den beiden Kantonsspitalern.

Die Thematik wird uns weiterhin beschäftigen. Die SP setzt sich für eine bestmögliche Gesundheitsversorgung in der Region ein: für gute Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals und gegen explodierende Kosten. Synergien müssen genutzt und Doppelspurigkeiten vermieden werden. Investitionen müssen gezielt und mit einer Langzeitperspektive erfolgen.

Mit dem Überweisen meines Vorstosses ist ein erster Schritt für eine mutige und kantonsübergreifende Lösung getan. Wir bleiben dran!